

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Gründet

1704

Mit
Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise ujm. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Chefredakteur L. V. Julius Eibau.
Verantwortl. für den Gesamtinhalt (außer Handelsteil): Dr. Carl
Misch, Berlin. Für Rucke, unvoll. Manusk. ist Porto beizufügen.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhof (A 7) 3600-3605,
für den Fernverkehr Amt Dönhof 3606-3608. Telegramm-
Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 600.

Ende der Saarbesetzung

Zurückziehung des Bahnzuges bis zum Ende des Jahres 1930

Der Völkerrundrat hält heute nachmittags eine Sitzung ab, die hauptsächlich der Frage des Bahnzuges im Saargebiet gewidmet ist. Der italienische Delegierte Scialoja will in seiner Eigenschaft als Berichterstatter dem Rat einen Vorschlag unterbreiten, der in den gemeinsamen Vorforderungen des Völkerrundrates (Carlius, Briand, Scialoja) mit dem Präsidenten der Völkerrundratssitzungen des Saargebietes vorbereitet worden ist. Scialoja wird, wie man hört, dem Völkerrundrat vorlagende, die Bahnzugstruppen bis spätestens 1. Januar 1931 vollständig zurückziehen. An der Zustimmung des Rates wird nicht gezweifelt.

Kanada würdigt Paneuropa

Und was ist es mit der Weißbegünstigung?

Genf, 12. September / Ullstein-Nachrichtendienst

Die Aussprache über den Paneuropa-Plan wurde heute im Völkerrundrat fortgesetzt. Der holländische Außenminister De Meester von Holland und der dänische Außenminister Dr. Munch begrüßten die Initiative Briands. Aber es war unverständlich, daß De Meester viel mehr Wert auf die enge Verbindung einer europäischen Union mit dem Völkerrundrat legte, während Dr. Munch, der ebenfalls die Zusammenarbeit Europas im Völkerrundrat organisiert wissen will, vor allem darauf bestand, daß alle europäischen Staaten an dem Zusammenstoß beteiligt sein müssen, auch wenn sie nicht dem Völkerrundrat angehören.

Im übrigen brachte Dr. Munch die angekündigte Resolution der Regierungen von Holland, Schweden, Norwegen, Schwiz, Estland, Lettland, Finnland und Dänemark ein, in der angelegentlich der Meinung-verschiedenheiten über die Auslegung und Durchführung der Weißbegünstigungsklausel eine internationale Regelung dieses Problems verlangt wird. Dr. Munch erwiderte den wegen des deutsch-französischen Handelskrieges zwischen Deutschland und einigen Staaten entstandenen Streit nicht, sondern betonte nur, daß durch die Beschränkung in der Durchführung der Weißbegünstigungsklausel, die einige Länder einbringen wollen, eine gefährliche Unklarheit im internationalen Wirtschaftsleben und Mißtrauen in den Wert internationaler Abmachungen hervorgerufen würde.

Auch der holländische Außenminister hatte seine Rede keineswegs auf einen optimistischen Ton gestimmt. Er erklärte, daß der Kampf gegen den Protektionismus mit ganz andern Mitteln würde geführt werden müssen, wenn der Völkerrundrat wirklich sein Ziel erreichen will. Auch Briand's Plan könne nur gelingen, wenn der Völkerrundrat viel weniger als bisher in der Stützung der Vorkriegsbestrebungen beeinflusst und vielmehr als bisher zur Erkenntnis der internationalen Zusammenhänge gewonnen wird.

Der holländische Ministerpräsident Bergh verforderte, daß das Interesse für den Völkerrundrat in Schwiz außerordentlich groß ist. Schwiz verlorde auch die europäischen Vorforderungen und die betrübliche Tatsache, daß die europäischen Regierungen immer weiter zögern, während der Völkerrundrat abwarten möchte.

Schließlich sprach noch der kanadische Völkerrat in Washington Ferraro, der behauptete, daß man in allen Ländern der panamerikanischen Union über die Bewegung für eine Union Europas durchaus nicht erantastet sei, sondern sie sehr gut verfolge. Der

Panamerikanismus sei eine vollkommene Regierung des kontinentalen Ozeanias. Freilich interessierte Europas Völkerräten nicht nur Europa, sondern auch andere Kontinente, und besonders die Länder, die Rohmaterialien und Agrarprodukte liefern. Der Ozean dürfe die Welt nicht teilen, sondern müsse ihre Teile verbinden.

Straffers „Warnung“ an Hitler

Otto Straffer, der Führer der nationalsozialistischen Opposition, droht der Parteileitung mit Enthüllungen, wenn ihre Organe sich in den Kampf gegen die Opposition nicht wägen. Straffer erklärt, er sei in diesem Fall nicht mehr in der Lage, die bisher geübte Zurückhaltung länger zu bewahren.

Es müsse doch auch dem „Völkischen Beobachter“ bekannt sein:

„Ich will auf Grund genauer Kenntnis aller führenden Persönlichkeiten der NSDAP, und vor allem aus der Kenntnis genauesten Aktenmaterials durchaus in der Lage sein, sehr schnell derartig mit dem bishigen Scheinversteckungen in eine enge Reihe der Abteilen, sogar teilmitteln Affären der NSDAP, daß sogar der Staatsanwalt sich sehr lebhaft für die Führer- und Kandidatenlisten der Hitler-Bewegung in reichstem Maße interessieren dürfte, ganz abgesehen — von dem Entsetzen, das sich an den Gesichtern der Mitglieder zeigen dürfte.“

Das abgelegte Stahlhelm-Zeichen

Freies Geleit in Neuruippin

Die Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei kündigen an, daß der Stahlhelm demüßigt die Abgeordneten Schlang-Schöningen und von Kuebel aufzulesen werde. In diesem Zusammenhang lei ein Bericht der alldeutschen „Deutschen Zeitung“ über eine Verammlung der Landvolkpartei in Neuruippin erwähnt, zu der Landrat a. D. von Arnim-Ragow die Politik Schleichs verteidigte. Ueber den weiteren Verlauf dieser Verammlung heißt es da:

„Die anwesende Bauernschaft bekannte sich geschlossen zu der Front Jungens-Bitter. Mit Empörung wurde festgestellt, daß ein Mann, der benannte politische Anschauungen vertritt, wie Herr von Arnim, noch das Stahlhelmsymbol tragen. Herr von Arnim gab die Folgen und legte das Stahlhelmsymbol ab, worauf ihm kürzerfristiges freies Geleit aus Neuruippin zugesichert wurde.“

Also, wer sich für den Landvolkführer Schleich einsetzt, muß freies Geleit erhalten, um sich aus Neuruippin in Sicherheit

Die Erbitterung des St.aventums

Mailand, 12. September / Ullstein-Nachrichtendienst

Auf der jugoslawischen Insel Veglia bei Fiume haben holländische Bauern bei ihren Protesthandlungen gegen die Hinrichtungen der Clowmen in Triest an der Spitze des Gemeindevorstandes und an der Spitze des St. Marcus-Klösters, die Wahrgenossen der früheren Herrschaft Benedigo, sowie den holländischen Beamten von Ordingo, gekämpft.

In Prag ist es in der Nacht vor dem Gebirge der italienischen Gebirgsleute zu Kumbungen gekommen. Die Polizeidivision verordnete Steinwürfe gegen das Gebäude nicht zu verhindern, durch die einige Fensterbänke zerstört wurden.

Schoobers Reisen

Genf, 12. September / Ullstein-Nachrichtendienst

Der österreichische Bundeskanzler Schober, der heute nachmittag in der Völkerrundratssitzung zu Wort kommt, beabsichtigt im Oktober offizielle Besuche in Prag und Warschau zu machen. Er vertritt den Standpunkt, daß Österreich wirtschaftlich nicht wachsen könne, bis die Europa-Pläne praktische Gehalt angenommen haben, sondern vorläufig auf eigene Faust versuchen müsse, mit benachbarten und nachbarnenden Staaten Abkommen zu schließen. Die Verträge können nach der Ansicht des Bundeskanzlers Schober als eine gute Vorbereitung für die spätere wirtschaftliche Einigung einer größeren Anzahl europäischer Staaten wirken.

Enthüllungen angedroht

Sollten die Verhafteten einige Knallbomben (vor oder nach der Wahl, ganz egal) wünschen, so bitten wir den „Völkischen Beobachter“, auf dem über beschrifteten Wege fortzuführen. Dann hat die SPD keinen Anlaß mehr, sich ihrer Dummheit und Narrenhaft zu schämen.

Sollte der „Völkische Beobachter“ aber Wert darauf legen, mit uns in einem politischen Kampf zu treten, wie es auch unter Männern (aber nicht unter „aufgeputzten“ Hochweibern in Hosen) gelehrt, dann fordern wir ihn auf, mit uns sachlich zu diskutieren in einem Ton und mit Argumenten, wie sie im christlichen Ringen üblich sind.

Der „Völkische Beobachter“ hat die Wahl — so oder so. Wir würden es aus Feindschaftsgefühl bedauern, wenn er falsch wählen sollte. Wir würden aber dann nicht eine Minute zögern, haren Tisch zu machen.“

Jeder Zufall würde den Eindruck, den diese Ankündigung auf den unparteiischen Außenbeobachter machen muß, abschwächen. Hitlerpartei und Straffer-Opposition sind nach dieser Probe kameradschaftlichen Verhaltens einander wert.

bringen zu können. Das ist offenbar der geistige Kampf, wie ihn die alldeutschen Vorkämpfer der Front Jungens-Bitter aufzulesen. Das „freie Geleit“ war eine mittelalterliche Einrichtung. Ihre Wiederherstellung ist ein Vorbehalt für die Ziele der Front Jungens-Bitter.

Kameradschaft für die Art, wie die verschiedenen Gruppen der Deutschnationalen einander bekämpfen, sind auch die folgenden Feststellungen des Generals von Lettow-Vorbeck: „Die Linie des schlichten Kampfs ist mit gegenüber dem deutschnationalen Geiste mehrfach verlassen worden. Insbesondere sind bei den Parteiverfassungen persönlich verletzende Zuschriften und Behauptungen aufgeführt, als plumpe Stimmungsmache organisiert worden. Hierzu wurden hundert unserer Vorfahren zusammengeholt, die dann die „häßliche Erregung“ und „Empörung“ inszenierten. Das ist kein fairer Kampf, und ich muß gestehen, daß ich solche ordinären Mittel bei den Deutschnationalen für unmöglich gehalten hätte.“

Trebiranus wehrt sich

Mit der Heibelberger Ortsgruppe der Konföderation Partei mittelt, hat Reichsminister Trebiranus Strafanzug wegen verleumdender Behauptung gegen den Vorkämpfer der Heibelberger Ortsgruppe der Deutschnationalen Partei Dr. Konhardts gestellt. In einer brieflichen Antwort auf die Aufforderung der Konföderation Partei zu gegenseitiger öffentlicher Ausproche hatte Konhardt folgendes geschrieben:

„Minister Trebiranus hat, wie ich früher herausstellte, noch während der Zeit seiner Zugehörigkeit zur deutschnationalen Partei und Gratton den Gutbürger zur Zentrumspartei gestellt um den Preis des Ministerpostens. Doch dieser Ministerposten ebenfalls dem verschuldeten Herrn Trebiranus fingezogen auf die Seine gezogen hat, hat einen besondern Beisatz gemacht. Wer aber bei der Auswahl ihrer Führer so wenig auf politische Reinlichkeit hält wie die Anhänger des Herrn Trebiranus, kann nicht verlangen, daß wir uns öffentlich mit ihm auseprechen.“

Zuderbrot und Peitsche

Warschau, 12. September / Ullstein-Nachrichtendienst

Die polnische Regierung hat unmittelbar nach der Vernehmung der Oppositionsführer verschiedene sozialpolitische Maßnahmen ergriffen, um die Arbeiterbewegung möglichst zu beruhigen. So wurde der finanzielle Arbeitslosensfonds durch Beschluß des Ministerrats um 15 Millionen Zloty erhöht, obwohl in den letzten Monaten die Arbeitslosenziffer in Polen zurückgegangen ist und zur Zeit unter 200.000 liegt. In Suda griffen die Behörden ein, um Lohnkürzungen rückgängig zu machen, die aus Anlaß eines Textilarbeiterstreiks vorgenommen worden.

Die oppositionellen Arbeiter lassen sich durch diese und andre Maßnahmen aber nicht davon abhalten, zu neuen großen Kundgebungen gegen die Regierung aufzurufen.